

Antrag

der Abgeordneten Dietmar Friedhoff, Dr. Malte Kaufmann, Tobias Matthias Peterka, Jan Wenzel Schmidt, Kay-Uwe Ziegler und der Fraktion der AfD

Deutsche entwicklungspolitische Investitionen im Rahmen der Global-Gateway-Initiative zum Wohle Afrikas und der deutschen Wirtschaft vorrangig auf wirtschaftliche Zusammenarbeit ausrichten

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der BDI (Bundesverband der Deutschen Industrie e. V.) hat kürzlich Folgendes festgestellt: „Afrika ist heute ein Muss für deutsche Unternehmen – und nicht mehr nur ein Chancenkontinent“ (<https://bdi.eu/artikel/news/handlungsempfehlungen-fuer-neu-start-der-deutsch-afrikanischen-beziehungen/>).

Das Rennen um die Zukunft Afrikas hat begonnen. Viele große und wichtige Nationen der Welt haben trotz damit verbundener Hürden und Herausforderungen erkannt, dass Afrika der Zukunftskontinent ist. Über seinen immensen Rohstoffreichtum hinaus verzeichnet Afrika das höchste Wirtschaftswachstum der Welt. Dabei wächst das Bruttoinlandsprodukt der afrikanischen Länder seit dem Jahr 2000 im Schnitt um fünf Prozent pro Jahr. Der Kontinent steht auch im Fokus der internationalen Politik: China hat sich als wichtigster Partner und Investor in Afrika positioniert, Russland baut seit Jahren seinen Einfluss in Afrika aus, außerdem engagieren sich mehrere Golfstaaten verstärkt wirtschaftlich und finanziell in Afrika. Die USA verstärken ihr Engagement in Afrika: So waren im Dezember 2022 nicht weniger als 50 afrikanische Staats- und Regierungschefs in Washington zu Gast und Afrika soll am meisten von der globalen Initiative „Build Back Better World“ der USA und der G7 profitieren. Auch Brasilien hat seine Beziehung zu Afrika mit einem verstärkten Wirtschaftsaustausch und der Förderung politisch-kultureller Kontakte in den letzten zehn Jahren vertieft. Die wirtschaftliche und militärische Kooperation zwischen Afrika und der Türkei wächst immer weiter, dabei hatten die türkischen Exporte nach Afrika im Jahr 2020 15 Milliarden US-Dollar betragen.

Die EU hat bereits beschlossen, dass die Hälfte ihrer geplanten 300 Milliarden Euro umfassenden Global-Gateway-Investitionen nach Afrika gehen soll, um Chinas wachsenden Einfluss durch die „One Belt, One Road“-Initiative (Chinas neue Seidenstraße) zu begegnen. So wurde beim EU-Afrika-Gipfel im Februar 2022 ein Investitionspaket für Afrika angekündigt, das über sieben Jahre ein Volumen von 150 Milliarden Euro erreichen soll. Im Verkehrssektor soll vorrangig der Ausbau von elf Korridoren mit Binnenwasserstraßen, Straßen- und Schienenverbindungen gefördert und damit die Schaffung von Lieferketten, Arbeitsplätzen und Dienstleistungen ermöglicht werden,

von denen die Wirtschaft sowohl in Afrika als auch in Europa profitieren würde. Multimodale Transportnetze in der EU und in Afrika sollen bis 2030 verknüpft werden.

Zwar mag die Global Gateway Initiative der Europäischen Union für Afrika ambitioniert sein. Nichtsdestotrotz weisen die Antragsteller auf mehrere strategische Mängel hin, die zum Scheitern dieser Initiative in Afrika führen werden: Erstens sind die nötigen entwicklungspolitischen Steuerungs-, Koordinierungs- und Kontrollkapazitäten der EU nicht gegeben und können mit der EU-Bürokratie und den damit verbundenen Vorgaben und Quoten auch nicht aufgebaut werden. Zweitens ist nicht sichergestellt, dass die strategischen Ziele der EU und somit Deutschlands mit nationalen, regionalen sowie kontinentalen Interessen der afrikanischen Staaten im Einklang stehen. Drittens sind manche Zielvorgaben, insbesondere im Energiesektor ideologisch begründet und kollidieren mit strategischen energiepolitischen Entscheidungen der afrikanischen Staaten. Hier ist China durch seine ideologiefreie Herangehensweise deutlich besser aufgestellt. Und viertens unterschätzt die EU den hegemonialen geopolitischen und wirtschaftlichen Einfluss Chinas in manchen afrikanischen Regionen insbesondere in Ostafrika vollkommen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. sicherzustellen, dass die deutschen Interessen bzw. die Beteiligung von in Deutschland produzierenden Unternehmen an den Projekten der Global-Gateway-Initiative entsprechend der finanziellen Beteiligung Deutschlands berücksichtigt werden;
2. bei der Konzeptionsphase der Projekte sicherzustellen, dass alle Maßnahmen und Vorkehrungen zur erfolgreichen Steuerung, Koordinierung und Kontrolle der Projekte getroffen wurden;
3. sicherzustellen, dass die strategischen Zielsetzungen aller Stakeholder übereinstimmen;
4. von ideologisch begründeten Zielvorgaben bei Energieversorgungsprojekten abzusehen, sondern sich an den strategischen energiepolitischen Entscheidungen der afrikanischen Partner auszurichten;
5. die bereits schon bestehende wirtschaftliche und geopolitische Dominanz Chinas in der ostafrikanischen Region realistischer zu bewerten und zu berücksichtigen und sich gegebenenfalls stärker auf Westafrika zu konzentrieren;
6. deutsche Rohstoffinteressen in Afrika insbesondere in der Demokratischen Republik Kongo klar zu formulieren;
7. sich innerhalb der EU dafür einzusetzen, dass Rohstoffinteressen entsprechende Korridore gefördert werden;
8. bei Nichtdurchsetzbarkeit der Punkte 1. bis 7. das ganze Initiativvorhaben für Afrika von europäischer Ebene auf nationale Ebene zu bringen und neu zu konzipieren.

Berlin, den 19. Mai 2023

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion

Begründung

Nach Angaben der EU-Kommission soll das Global-Gateway-Investitionspaket Afrika bei einer starken, inklusiven, grünen und digitalen Erholung und Transformation unterstützen. Angeblich würden der großflächige Einsatz von „erneuerbarer“ Energie und die Erzeugung von „sauberem“ Wasserstoff auf dem gesamten afrikanischen Kontinent dazu beitragen, bis 2030 das Ziel einer Elektrolyseleistung von mindestens 40 Gigawatt zu erreichen. Dies würde durch Erschließung von Geschäftsmöglichkeiten für energieintensive Industriezweige auf der Angebots- wie auf der Nachfrageseite auch die Entwicklung des Sektors für erneuerbaren Wasserstoff fördern. Ferner erklärt die EU-Kommission, dass das Investitionspaket dazu beitragen würde, Resilienz aufzubauen, indem die Verringerung des Katastrophenrisikos und die Anpassung an den Klimawandel gefördert und die Katastrophenvorsorge zur Ermöglichung einer wirksamen Reaktion verbessert, der Wiederaufbau und die Rehabilitation unterstützt und die Governance zur Bewältigung des Katastrophenrisikos gestärkt wird (https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/priorities-2019-2024/stronger-europe-world/global-gateway/eu-africa-global-gateway-investment-package_de).

Aus dieser Erklärung der EU-Kommission geht hervor, dass die EU im Rahmen der Global Gateway Initiative nur grüne Energie und sogenannte klimapolitische Maßnahmen fördern will. Nach Auffassung der Antragsteller sind solche Zielvorgaben ideologisch motiviert und strategisch nicht konsistent. Der afrikanische Kontinent hat zwar ein Energiedefizit und braucht Investitionen zur Entwicklung seines Energiesektors, um gerade basierend auf einer kostengünstigen und verlässlichen Energiebereitstellung, seine Industrialisierungspläne voranzutreiben. Dazu gehört die Nutzung fossiler Rohstoffe (zumindest für eine Übergangszeit). Afrika braucht zwar Energie, darf aber kein neues Experimentierfeld für ideologiegetriebene energiepolitische Abenteuer der Europäer werden. Die afrikanischen Staaten haben der Klimapolitik der EU bereits im Rahmen der Vorstellung der Global Gateway Initiative beim EU-Afrika-Gipfel letztes Jahr eine klare Absage erteilt. Im Gegensatz zu den EU-Plänen, die globale Energieproduktion zu entkarbonisieren, wollen viele afrikanische Staaten an fossilen Brennstoffen festhalten. So fürchten etwa Nigeria, Algerien oder Mosambik, dass ihre Umsätze aus Gas- und Öl-Exporten einbrechen könnten und Südafrikas Wirtschaft ist zu großen Teilen von Kohle abhängig (www.swp-berlin.org/publikation/mta-spotlight-02-klima-und-energie-in-den-au-eu-beziehungen).

Nach Ansicht der Antragsteller ist es offensichtlich, dass eine gemeinsame afrikanisch-europäische Agenda im Bereich Klima und Energie nicht zustande kommen kann. Aus afrikanischer Perspektive lässt sich die Situation folgendermaßen zusammenfassen: Angespannte Beziehungen, nicht berücksichtigte Interessen und mit dem Green Deal eine ideologisch fundierte Klimapolitik, die ihnen auferlegt werden soll. Hierbei kann die EU kein attraktiver Partner sein.

Ferner unterschätzt die EU Chinas Hegemonie in manchen afrikanischen Regionen insbesondere in Ostafrika, wo die Volksrepublik und teilweise auch die Türkei ein eindeutiges Monopol über den Rohstoff- und den Verkehrsinfrastrukturmarkt haben. Die meisten neuen Routen und Infrastrukturprojekte in Afrika sind zuletzt in Ostafrika eröffnet worden und wurden von China finanziert. Eine Schienenverbindung zwischen der äthiopischen Hauptstadt Addis Abeba und dem strategisch wichtigen Hafen in Dschibuti (756 Kilometer lang, Kosten: 4,5 Milliarden US-Dollar) entlastet auch den dichten Güterverkehr auf der Straße. In Kenia wurde die Verbindung zwischen der Küstenstadt Mombasa und der 472 Kilometer entfernten Hauptstadt Nairobi erneuert (Kosten: 3,27 Milliarden US-Dollar). Außerdem ist eine Verlängerung nach Uganda, Ruanda und bis in den Süd-Sudan in Planung. Wegen seiner geostrategisch günstigen Lage am Indischen Ozean konzentriert sich die Aufmerksamkeit auf Ostafrika. Die Bodenschätze der Demokratischen Republik Kongo, dem riesigen Binnenland in der Mitte des Kontinents, werden an die dortige Küste transportiert und nach Asien verschifft, vor allem Richtung China. In Ostafrika liegen Finanzierung, Bau und Betrieb solcher Infrastrukturprojekte zum Großteil in der Hand von chinesischen Firmen (www.africa-business-guide.de/de/chancen/verkehrsinfrastruktur-in-afrika-537300#:~:text=Afrika%20gilt%20neben%20S%C3%BCdamerika%20als,errichten%2C%20w%C3%A4chst%20aktuell%20wieder%20deutlich.&text=Mit%201500%20km%20geh%C3%B6rt%20der,l%C3%A4ngsten%20neu%20geplanten%20Zugstreckenprojekte%20weltweit). Ebenfalls beteiligen sich türkische Unternehmen zunehmend am ostafrikanischen Verkehrsinfrastrukturmarkt (www.trtdeutsch.com/news-turkei/milliardenauftrag-turkisches-unternehmen-baut-eisenbahnstrecke-in-tansania-7539077).

Daher empfehlen die Antragsteller ein Umdenken bezüglich der geostrategischen Ausrichtung der im Rahmen der Global Gateway Initiative geplanten Transportkorridore. In diesem Zusammenhang wäre es sinnvoller, vielmehr die Westküste zu berücksichtigen, zum Beispiel eine Hauptstrecke von Senegal bis zur Demokratischen

Republik Kongo über Gambia, Guinea, Sierra Leone, Liberia, die Elfenbeinküste, Ghana, Togo, Benin, Nigeria und Kamerun. All diese Länder sind durchaus sicher und verfügen bereits über funktionierende Häfen, deren Kapazitäten nur noch ausgebaut werden müssen. Ebenso ist es wichtig, dass deutsche Rohstoffinteressen gegenüber den afrikanischen Ländern insbesondere der Demokratischen Republik Kongo, klar und ohne Heuchelei formuliert werden, denn dieses zentralafrikanische Land ist voll von Rohstoffen, die für die deutsche Industrie und Wirtschaft unverzichtbar sind.

Bei aller Kritik an China, muss es erkannt werden, dass die Chinesen ihre Afrikainvestitionen geostrategisch klug und damit auch erfolgreich gestalten. Die chinesische Militärbasis in Djibouti ist kein Zufall, denn sie dient zum Schutz der chinesischen Interessen und den massiven Investitionen in Ostafrika. Schließlich geht es nicht darum, den Chinesen und den Türken Ostafrika komplett zu überlassen, sondern die chinesische und teilweise die türkische Prädominanz in dieser afrikanischen Region zu berücksichtigen. Gleichzeitig wäre es sinnvoll, das Gebiet von Senegal bis zur Demokratischen Republik Kongo zu priorisieren, was sicherlich mehr Erfolg verspricht. Hier kommt es nicht auf die Höhe der Investitionssumme an, sondern auf die Substanz, die Konsistenz, die Realisierbarkeit und die Erfolgchancen der Projekte.

Die deutsche und die europäische Entwicklungszusammenarbeit haben bisher keine nennenswerten Erfolge erzielt, weil die meisten Projekte weder realistisch und noch wirtschaftlich sondern klimareligiös und genderideologisch ausgerichtet sind. In diesem Sinne ist die sogenannte „feministische Entwicklungspolitik“ der aktuellen Bundesregierung noch weniger erfolgsversprechend. Mit dem Ansatz der „feministischen Entwicklungspolitik“ geht das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wieder einen eurozentrischen Sonderweg, der weder den Zukunftsaufgaben Afrikas noch der Effektivität der deutschen wirtschaftlichen Zusammenarbeit gerecht wird. Es braucht schnelle, nachhaltige und wertschöpfende Maßnahmen anstelle des moralischen Zeigefingers.

Es ist an der Zeit, dass Deutschland und die EU diese Widersprüche in der Unterstützung von Afrikas Entwicklung überwinden.